

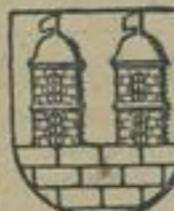
Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Dresden 2640

Gebührt bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Schatzbehörde monatlich 1 M., durch unsere Ausläger zu entrichten in der Stadt monatlich 1 M. auf dem Lande 1 M. durch die Post bezogen vierzehnlich 1 M. mit Zustellungsaufdruck. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Ausläger und Geschäftsstätten nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Intensivkreis
Mit für die 6 gehaltene Korpuszelle oder deren Raum, Räumen, die 2 halbige Korpuszelle
Bei Wiederholung und Jahresentlastung entsprechender Preisen erhält. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von
Beleben die 2 gehaltene Korpuszelle. Mit Nachweisung-Gebühr Pf. Angemeldete ist vermittelte
10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Beruf übermittelten Begegnen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabatt-
anspruch erlischt, wenn der Betrag durch Miete eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Stellung gebracht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Bischunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lassig, für den Inseratenteil: Arthur Bischunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 3.

Dienstag / Mittwoch 9./10. Januar 1923.

Getreidepreise.

Die Reichsregierung hat für alle auf das dritte Schätz der Umlage 1922/23 erfolgten Abfertigungen folgende Preise festgesetzt:

Für die Tonne Roggen	165 000	Mark = 8250	Mark für 50 kg
Weizen	180 000	= 9000	" 50 "
Bierse	140 000	= 7000	" 50 "
Hafser	130 000	= 6500	" 50 "

Die Nachzahlungen erfolgen vom Tage dieser Bekanntmachung ab gegen Vorlegung der Einkaufsscheine durch den Getreideeinkauf Meißen-Stadt und -Land.

Die gleichen Preise werden von den Aufläufen nunmehr für alle auf spätere Liefertermine erfolgenden Abfertigungen bis zur Festsetzung des neuen Preises vergütet werden.

Meißen, am 6. Januar 1923.

Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land.

kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reparationskommission wird am Montag Vertreter der deutschen Regierung in der Frage der deutschen Kohlenlieferungen hören.

* Nach Pariser Meldungen will Poincaré nicht den 15. Januar abwarten, sondern sofort nach der Feststellung einer deutschen Verschöpfung ins Ruhrgebiet einzudringen.

* Brasseyen Hardings verabsichtigt, gegen die Durchführung der Gewaltmaßnahmen Poincarés Protest einzulegen und wenn nötig als Vermittler auszutreten.

* Am 15. Januar wird ein großer Teil der Postgebühren auf das Doppelte erhöht.

* In Sofia ereignete sich ein schweres Explosionsunglück, bei dem zwanzig Personen getötet wurden.

Poincarés „Prinzip“.

Von besonderer politischer Seite wird uns geschrieben: Nichts ist widerlicher, als wenn nach brutaler Gewalt sich mit dem Mantelchen scheinbaren Rechts umleidet, Frankreich hat es immer, seit es in 600 Jahren langem Kampf zum Rhein drängte.

Moltke schrieb einmal 1840, als die Franzosen wieder einmal nach der Rheingrenze schrien und Beckers stolzes, jetzt vergessenes Ried: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“ entstanden war:

Unter wiesel falschen Vorwänden, für welche ganz entgegengesetztes Prinzip waren die Franzosen nicht schon zu uns gekommen, um uns unter der Decke von Hilfsleistungen zu bedrängen! Kurzum entführen sie uns im Namen des Papstes, als Beschützer der Lutetianer Straßburg, und Holland grissen sie an im Namen der absoluten Monarchie und endlich die Niederlande und das ganze linke Rheinufer vereinigten oder verbündeten sie wenigstens aufs engste mit Frankreich im Namen der Freiheit und des republikanischen Prinzips; viertal wedelten sie das Prinzip, aber mit jedem einzelnen haben sie uns ein Land.

Als fünftes französisches „Prinzip“, das der Deutsche mit seiner „plumpe Sprache“ vorwarf, kommt dann die Verbreitung der Zivilisation und des Rechts mit Hilfe hartheriger Bataillone hinzu. Und für die Belegung des Ruhrgebietes wird sich schon bei einem Nachdenken irgend ein sechstes, ebenso wunderschönes „Prinzip“ finden lassen.

„Wehe Deutschland, wenn es die Waffen fässt Minuten zu früh an die Wand stellt,“ schrieb im Oktober 1918 der Vorwärts. „Wir müssen jetzt durch das Tal der Tränen hindurch. Das Entscheidende ist aber, daß wir Deutschen alle geschlossen hindurch gehen. Kein nur seine inneren Streit! Die Berliner Börse, ein Kaffeehaus so groß, verbreite neulich das Gericht, das Ministerium kann so wolle zurücktreten, weil es in Paris keinen Erfolg erzielt habe. Das wäre verhängnisvoll, in Deutschlands schwerster Stunde auch noch den Führer zu verlieren. Wir wollen und sollen jetzt alle formal-parlamentarischen Prinzipien und Lehnsätze zu Hause lassen, wenn in den nächsten Wochen nur die Gewalt regiert.

Einiges von dem, was Poincaré will, ist in die Öffentlichkeit gedrungen und zwei Blätter scheinen dabei die wichtigsten zu sein: Kontrolle der Produktion im Koblenzrevier und seine Abförderung nach dem Osten. Dem Koblenzindustriat, das sein Kontor jetzt in Cöln hat, sollen Franzosen beigegeben werden — was wohl zur Folge haben wird, daß die gesamte Arbeit des Kontors still steht. Denn es ist kaum anzunehmen, daß sich das Syndikat den Franzosen zur Verfügung stellen wird. Gegenüber hat die Reichsregierung ein Interesse daran, den Abtransport durch Wagengestellung zu ermöglichen, so daß zwar die Abförderung nicht gedrosselt zu werden braucht; die Kohlen auf die Bahnen zu schütten, ist aber nur für eine beschränkte Zeit möglich, da Raumangel und Brandgefahr eintreten. Ebenso wird vermutlich der Sicherheitsdienst der Grubenbeamten eingeschult werden, der durch französische Bergleute nicht ersetzt werden kann. Wir haben zweifellos für eine gewisse Zeit die Möglichkeit, unsere Industrie mit Hilfe englischer Importstoffe und der oberschlesischen Produk-

tion wenigstens notdürftig in Gang zu halten, und aber natürlich nicht in der Lage, dem labilenhungurigen Italien die dort so außerordentlich notwendigen Mengen zu senden. Ebenso wird die Schweiz und Holland fürs erste auf deutsche Kohlen verzichten müssen.

Das sind nur einige Andeutungen dafür, welche weltwirtschaftlichen Kreise der französische Steinwurf ins Ruhrrevier hervorbringen muß, ist der Beweis, daß uns doch nicht alle Waffen zu einer passiven Resistenz fehlen. Wieder ist das Wort, das Durchhalten nur Sache der Nerven ist. Wir haben unerträglich viel hingegeben, um zu verhindern, daß der Franzose bis zur Ruhr vormarschiert; es hat alles nichts genutzt. Durchhalten, weil diesmal die Zeit für uns arbeitet. Denn jetzt scheint ein Eingreifen Amerikas doch bevorzustehen, das aber nicht sofort wirksam werden kann. Dazu bedarf weder Amerika noch England Kriegsschiffe oder Flugzeuge, brauchen beide Länder nur wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, brauchen nur den französischen Frank zu „werfen“.

Unser Schicksal ist's, ob die Politik von der Wirtschaft besiegt wird.

Telegraphisch wird uns gemeldet:

Wie die Ruhr besiegt werden soll.

Paris, 6. Jan. Der New York Herald glaubt zu wissen, daß das Programm der französischen Regierung für die gegen Deutschland zu ergreifenden Maßnahmen ungefähr folgende Gestalt haben würde:

Nachdem der Wiederherstellungsausschuß die Beschiebung Deutschlands einstimmig oder mit Stimmenmehrheit festgestellt hat, tritt das französische Kabinett sofort zusammen, notifiziert die Absichten Frankreichs und fordert die Verbündeten (einschließlich Englands) gleichzeitig zur Mitwirkung auf. Eine Abschrift der Notifikation geht auch den Vereinigten Staaten zu. Außerdem wird Deutschland mitgeteilt, daß Frankreich und Belgien (über Italien steht noch nichts fest) zur Beschlagnahme der Forsten im Rheinlande, zur Besteuerung der Kohle schreiten und in jedes Jollamt im Ruhrgebiet und an den Grenzen des Rheinlandes französische Beamte zur Einziehung der 26-prozentigen Ausfuhrabgabe einzehen würden. Deutschland wird zur Unterstützung dieser Maßnahmen aufgefordert. (1)

Der Frank stirbt.

Die Folgen der französischen Katastrophenpolitik zeigen sich am deutlichsten und schnellsten in Paris selbst. Dollars und englische Pfunde sind an der Pariser Börse erheblich gestiegen, während der Frank stark gefallen ist. Das Echo de Paris bestätigt dazu: „In dieser Tatsache zeigt sich das Misstrauen der internationalen Spekulation gegen das isolierte Vorgehen Frankreichs in der Reparationsfrage.“ Das Blatt hat recht, aber die französische Regierung zieht leider nicht die Konsequenzen daraus, sondern rüstet weiter, denn die Kreise, die an den Rhein“ rüsten, haben dort immer noch eine lautere Stimme als die, welche deutsche Zahlungen auf vernünftigstem Wege herbeiführen möchten.

Das Programm Hardings.

Protest gegen Gewaltmaßnahmen.

Die amerikanische Regierung hat eingehend über die europäische Lage verhandelt. Es wird in Washington in amerikanischen Kreisen mitgeteilt, daß das amerikanische Programm ungefähr das folgende sei:

1. Staatssekretär Hughes wird in offiziellen Verhandlungen sondieren, um zu sehen, ob die Räte einer internationale Sachverständigenkonferenz geneigt sind, an der die Vereinigten Staaten teilnehmen würden, um einen praktischen Reparationsplan zu empfehlen. 2. wird eine Anfrage an die interessierten Räte gerichtet werden, ob sie einem Ausschuß der politischen Entscheidungen in der Reparationsfrage bis zur Sachverständigenkonferenz zustimmen. 3. Wenn dieser Plan nicht angenommen wird, wird Amerika der Welt sagen, wer der Verantwortliche sei. Am Vorabend der Beschiebung der Ruhr durch Frankreich wird Amerika sehr ernsthaft protestieren und Maßnahmen ergreifen.

Auch aus anderen Quellen vernimmt man, daß Amerika zu ernstem Eingreifen entschlossen ist, wenn Poincaré in Europa gewaltsam ein Chaos schaffen will. Nur ist Zeit und Art der amerikanischen Schritte noch unbestimmt.

Telegraphisch wird uns gemeldet:

London, 6. Januar. Nach einer Neutermeldung aus Washington hat der Senat die Entschließung Reeds angenommen, die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinlande fordert.

Washington, 7. Januar. Die Möglichkeit eines Eintritts Amerikas in das europäische Reparationsproblem ist verringert worden durch den Senatsbeschluß über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein. Die aktuelle Stellung zu der gegenwärtigen Lage wird bezeichnet als diejenige eines „wohlwollenden Zuschauers in Freundschaft mit allen an der Krise beteiligten Parteien, mit Amerikas Diensten und seiner wirtschaftlichen Kraft jederzeit zur Verfügung stehend“, wenn der Weg für eine amerikanische Hilfe frei ist.

Reparationskommission und Kohlenlieferungen

Telegraphisch wird uns gemeldet:

Paris, 6. Januar. Über die heutige Sitzung der Reparationskommission wurde folgender amtlicher Bericht veröffentlicht:

Die Reparationskommission trat um 10 Uhr morgens unter dem Vorsitz von Louis Barthou zusammen, um in die Prüfung eines Schreibens des französischen Delegierten einzutreten, das die Feststellung einer Verfeindung Deutschlands bei den an Frankreich im Jahre 1922 bewirkten Kohlenlieferungen durch die Kommission auf Grund des Paragraphen 17 Anhang 2 des Vertrages fordert. Da die deutsche Regierung die Bitte ausgesprochen hatte, daß man sie über diese Frage anhören möge, beschloß die Reparationskommission die Vertreter der deutschen Regierung am Montag den 8. Januar um 3 Uhr nachmittags anzu hören.

Bradbury sprach in der heutigen Sitzung einige Worte. Er empfahl, den Friedensvertrag zu beobachten und die Rechte und Pflichten der Reparationskommission vollständig aufrechtzuerhalten. Dem Temps zufolge würde sich die Reparationskommission bereits Montag abend oder Dienstag morgen über den französischen Vorschlag eine „Beschluß“ Deutschlands feststellen, schlüssig werden.

Paris, 7. Januar. Eine Nouvelle teilt mit: Die vor einigen Tagen verkündete Absicht der sogenannten Schwierigkeiten als erledigt. Gleichzeitig wünscht die Reparationskommission ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Quai d'Orsay zu befinden und ihre Absicht darzutun, gerecht und fairen zu verfahren. Man darf aus ihrem Beschluss ableiten, daß auch in der Angelegenheit des Moratoriums und auch in der Frage der der deutschen Industriellen vorgeschlagenen Pfänden die Vertreter der deutschen Regierung gebürtig werden. Das Blatt hält es für möglich, daß die Unabhängigkeit der Reparationskommission ebenso günstige wie unerwartete Ergebnisse zeitigen wird. Über den Verlauf des gestrigen Ministerials berichtet das Blatt. Nach längerer Erörterung, in deren Verlauf die Absicht eines sofortigen Vorgebens geäußert worden ist, hat das Ministerial auf Vorschlag Poincarés auf den Standpunkt gestellt, daß die Regierung, bevor sie die Zwangsmahnmale durchführt, abwarten solle, bis die Reparationskommission wiederholte Verfeindungen Deutschlands festgestellt habe. Am nächsten Dienstag soll ein neuer Ministerial abgehalten werden.

Berlin, 7. Januar. Die drei Sachverständigen, die von der Reparationskommission in der Angelegenheit der am 26. Dezember 1922 festgestellten Kohlenlieferungen gehörten werden sollen, sind nach Paris abgereist.

Deutschland wird gehört.

Am Montag nachmittag wird die Reparationskommission im Einfang mit den Vertragsbestimmungen der deutschen Regierung Gelegenheit geben, von der Kommission über die angeblichen deutschen Verfeindungen der Kohlenlieferungen für 1922 gehör zu werden. Die Entscheidung werde demnach wahrscheinlich vor Wilsdruff fallen. In Paris glaubt man, daß Poincaré keinen großen Streich vollführen, sondern nur kritische vorbereiten werde. Es verlaufe,